



UNIVERSITÄT
LEIPZIG



kompetenzzentrum für
rechtsextremismus-
und demokratieforschung

**Rechtsextremismus, Gewaltbereitschaft, Antisemitismus
und Verschwörungsmentalität: AfD-Wähler_innen weisen die
höchste Zustimmung zu
anti-demokratischen Aussagen auf**

Autoren

Julia Schuler, Dr. Johannes Kiess, PD Dr. Oliver Decker, Prof. Dr. Elmar Brähler

Aus der Arbeitsgruppe der Leipziger Autoritarismus-Studien
Kompetenzzentrum für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung, Universität Leipzig

Studie: Leipziger Autoritarismus-Studien – Rechtsextremismus, Gewaltbereitschaft, Antisemitismus: AfD-Wähler_innen weisen die höchste Zustimmung zu anti-demokratischen Aussagen auf

Befragungszeitraum: Mai bis Juli 2018
Art der Befragung: Repräsentative Befragung (Selbstaussfüller, Face-to-face) von 2.344 Personen im Alter von 18 bis 91 Jahren

Projektleiter: PD Dr. Oliver Decker, Prof. Dr. Elmar Brähler
Autoren: Julia Schuler, Dr. Johannes Kiess, PD Dr. Oliver Decker, Prof. Dr. Elmar Brähler

Kontakt: PD Dr. Oliver Decker
Direktor des Kompetenzzentrums für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung
Universität Leipzig
Philipp-Rosenthal Str. 55
04103 Leipzig
Email: oliver.decker@uni-leipzig.de

Dr. Johannes Kiess
Universität Siegen
Adolf-Reichwein-Str. 2
57068 Siegen
Email: kiess@soziologie.uni-siegen.de

Julia Schuler, M.Sc.
Kompetenzzentrum für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung
Philipp-Rosenthal Str. 55
04103 Leipzig
Email: julia.schuler@medizin.uni-leipzig.de

Prof. Dr. Elmar Brähler
Kompetenzzentrum für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung
Universität Leipzig
Philipp-Rosenthal Str. 55
04103 Leipzig
Email: elmar.braehler@medizin.uni-leipzig.de

Veröffentlichungsdatum: 25.02.2020

Inhalt

1.	DATENERHEBUNG UND STICHPROBE	4
2.	SOZIODEMOGRAPHIE	5
3.	RECHTSEXTREME EINSTELLUNG	8
4.	GEWALTBEREITSCHAFT	11
5.	VERSCHWÖRUNGSMENTALITÄT	12
6.	ANTISEMITISMUS (UMWEGKOMMUNIKATION)	14
7.	MUSLIMFEINDSCHAFT UND ABWERTUNG VON ASYLSUCHENDEN	16
8.	LITERATUR	20

1. Datenerhebung und Stichprobe

Die vorliegenden Daten wurden im Rahmen der Leipziger Autoritarismus-Studie 2018 erhoben. Es handelt sich um eine bevölkerungsrepräsentative Befragung, die im Zeitraum von Mai bis Juli 2018 im Auftrag der Studiengruppe vom Meinungsforschungsinstitut USUMA durchgeführt wurde. Die Zufallsauswahl der Personen erfolgte nach dem ADM-Stichprobensystem. Soziodemographische Angaben sowie Angaben zum Wahlverhalten wurden face-to-face durch eine_n Interviewer_in erfasst, alle weiteren Angaben zu politischen Einstellungen wurden von den Befragten im Selbstausfüllerverfahren gemacht. Insgesamt 2.416 Personen im Alter von 14 bis 91 Jahren nahmen an der Befragung teil. Für die vorliegenden statistischen Auswertungen wurden nur die Befragten ab 18 Jahren berücksichtigt (n = 2.344).

Die folgenden Auswertungen beruhen auf den Antworten zur sogenannten Sonntagsfrage, also der beabsichtigten Wahlentscheidung, sollten am nächsten Sonntag Bundestagswahlen stattfinden.¹ Neben der Entscheidung für eine Partei (CDU: n = 346; CSU: n = 99²; SPD: n = 425; FDP: n = 92; Bündnis90/Die Grünen: n = 173; Die Linke: n = 167; AfD: n = 160), werden auch Nichtwähler (n = 313), Personen, die zum Befragungszeitpunkt noch nicht wissen, ob sie wählen werden (Wahlteilnahme unklar, n = 203) und Personen, die beabsichtigen zu wählen, aber zum Befragungszeitpunkt noch nicht wissen, welcher Partei sie ihre Stimme geben („weiß nicht, welche Partei“; n = 137) in der Gegenüberstellung betrachtet.

Im Zentrum der Analyse steht neben Darstellungen nach soziodemographischen Merkmalen die Frage, inwiefern sich Unterschiede zwischen potentiellen Wähler_innen der jeweiligen Parteien zeigen in Hinblick auf rechtsextreme Einstellung, Antisemitismus in der Umwegkommunikation, Verschwörungsmentalität, Gewaltbereitschaft, Muslimfeindschaft und Abwertung von Asylsuchenden.

Der Leipziger Fragebogen zur rechtsextremen Einstellung (FR-LF) umfasst sechs Dimensionen: Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur, Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit, Sozialdarwinismus, Antisemitismus sowie Verharmlosung des Nationalsozialismus. Jede Dimension wird mit drei Aussagen erfasst (Decker et al. 2013). Darüber hinaus kamen zusätzlich Items zum Einsatz, um neben primärem Antisemitismus auch Antisemitismus in der Umwegkommunikation zu erfassen. Verschwörungsmentalität wurde mit drei weiteren Aussagen erfasst (Imhof & Decker, 2013). Gewaltbereitschaft wurde mit einem Fragebogen erhoben, welcher zwischen der Bereitschaft, selbst Gewalt anzuwenden und der Akzeptanz von Gewalt, wenn sie von anderen verübt wird, unterscheidet (Ulbrich-Herrmann, 1995). Für die Erfassung von Muslimfeindschaft und Abwertung von Asylsuchenden wurden Aussagen aus dem Erhebungsinstrumentarium Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit angewandt (Heitmeyer, 2012).

¹ Zur einfacheren Lesbarkeit wird im Folgenden von Wähler_innen und Anhänger_innen gesprochen, auch wenn es sich im eigentlichen Sinne um eine Wahl-Intention bzw. Wahlpräferenz handelt.

² CDU und CSU-Wahl wurden zunächst als eine Kategorie erfasst. Entsprechend des tatsächlichen Wohnortes der Befragten und der damit verbundenen Möglichkeit, CDU oder CSU wählen zu können, wurden die Befragten nachträglich für die vorliegende Gegenüberstellung in CSU- und CDU-Wählerschaft aufgegliedert.

2. Soziodemographie

2.1. Wahlpräferenz und Haushaltsnettoeinkommen

Der Anteil der Personen mit einem Haushaltseinkommen unter 1250 Euro pro Monat ist unter den Nichtwähler_innen (26,8 %) und den Personen, die noch unentschieden sind, welcher Partei sie ihre Stimme geben wollen, am höchsten (25,5 %, siehe Abb. 1). Unter den Wähler_innen der CDU finden sich die wenigsten Personen, die in einem Haushalt mit niedrigem Nettoeinkommen leben (9,2 %).

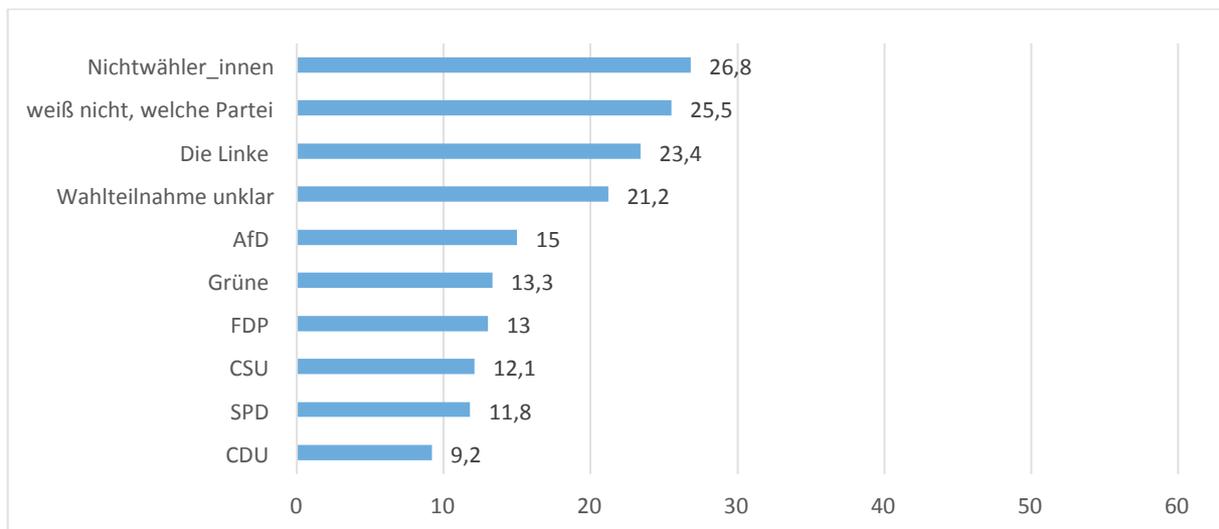


Abbildung 1: Wahlpräferenz und Haushaltsnettoeinkommen unter 1250 Euro pro Monat (in %)

Aus Abbildung 2 geht hervor, dass Befragte mit einem Haushaltseinkommen ab 2500 Euro pro Monat besonders häufig unter den Wähler_innen der CSU (52,5%) sowie unter den Wähler_innen der FDP (50%) anzutreffen sind. Den kleinsten Anteil an Personen mit entsprechendem Haushaltseinkommen finden wir unter den Nichtwähler_innen (30,4%) und den Wähler_innen der Linken (33,5%). Wähler_innen der Grünen und der AfD unterscheiden sich hinsichtlich der Einkommenssituation nicht.

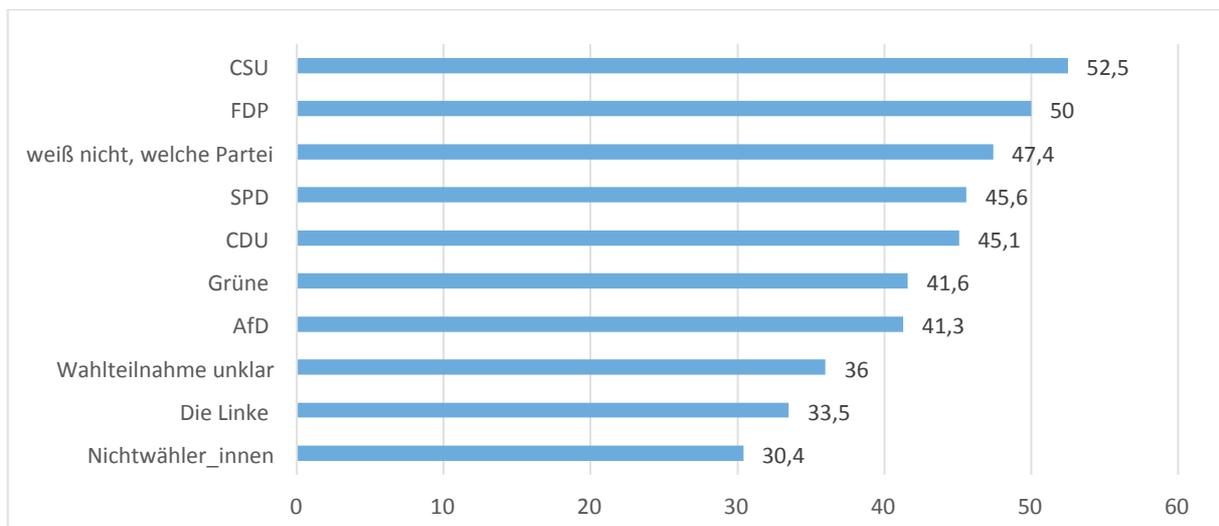


Abbildung 2: Wahlpräferenz und Haushaltsnettoeinkommen ab 2500 Euro pro Monat (in %)

2.2. Wahlpräferenz und Geschlecht

Der höchste Frauenanteil findet sich unter den Wähler_innen der Grünen: etwa zwei Drittel der Befragten, die angeben, sie würden die Grünen wählen, sind Frauen. Für die AfD zeigt sich ein umgekehrtes Bild: mit einem Anteil von nur 37,5% wird die AfD deutlich seltener von Frauen gewählt als alle anderen Parteien.

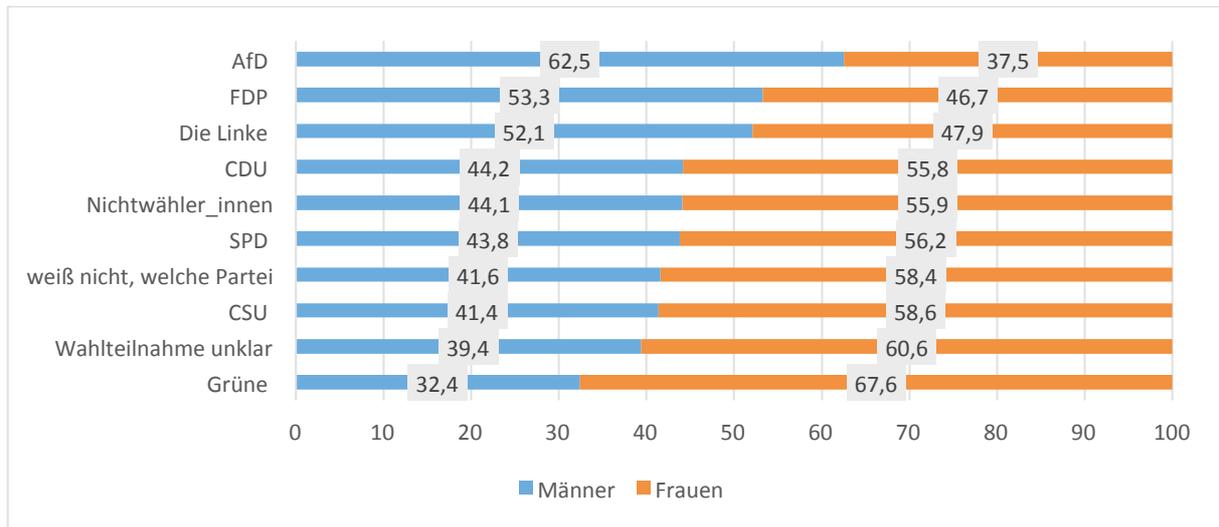


Abbildung 3: Wahlpräferenz und Geschlecht (in %)

2.3. Wahlpräferenz und Bildung

Abbildung 4 stellt den Anteil der Befragten mit Abitur dar. Unter den Wähler_innen der Grünen (37,6 %), der FDP (35,9 %) und der Linken (35,9 %) ist der Anteil der Abiturient_innen am höchsten. Am seltensten Abitur haben die Wähler_innen der CSU (12,1 %) sowie die Nichtwähler_innen (13,4 %).

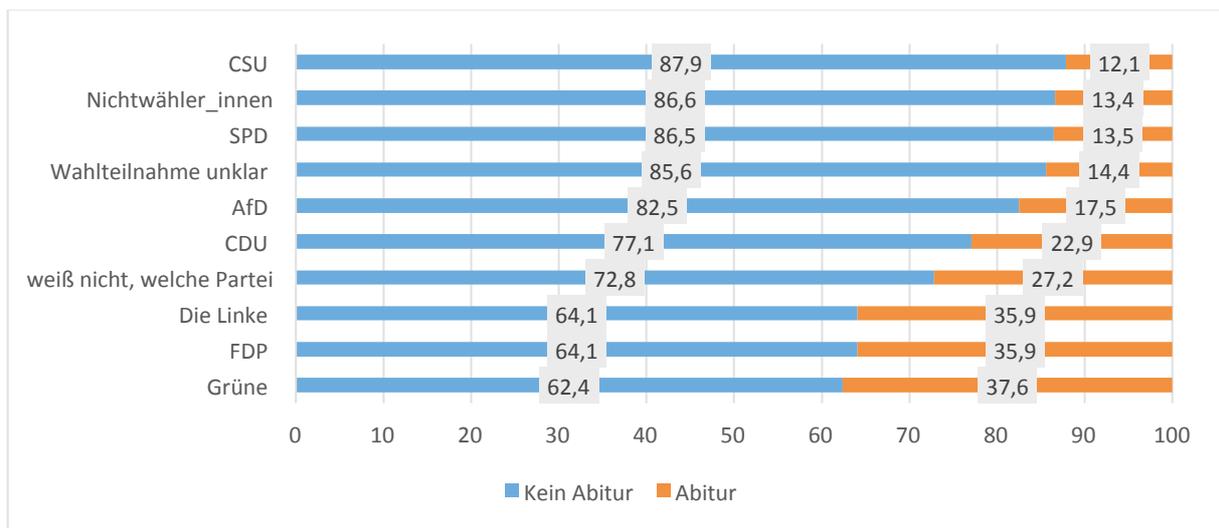


Abbildung 4: Wahlpräferenz und Abitur (in %)

2.4. Wahlpräferenz und Konfession

Mit Blick auf die konfessionelle Zugehörigkeit fällt besonders die CSU auf. Ihre Wähler_innen sind nahezu alle an eine christliche Kirche gebunden, davon ist der überwiegende Teil katholisch, 16 % sind evangelisch. Unter den Anhänger_innen der CDU finden sich ebenfalls fast ausschließlich Christ_innen, allerdings ist auch jede_r siebte Wähler_in konfessionslos. Unter den Anhänger_innen der AfD ist fast jede_r zweite konfessionslos, was beim programmatischen Bezug auf die „christlichen Wurzeln“ Europas mehr überrascht, als bei der Linken. Diese Partei hat unter ihren Anhänger_innen den geringsten Anteil Christ_innen.

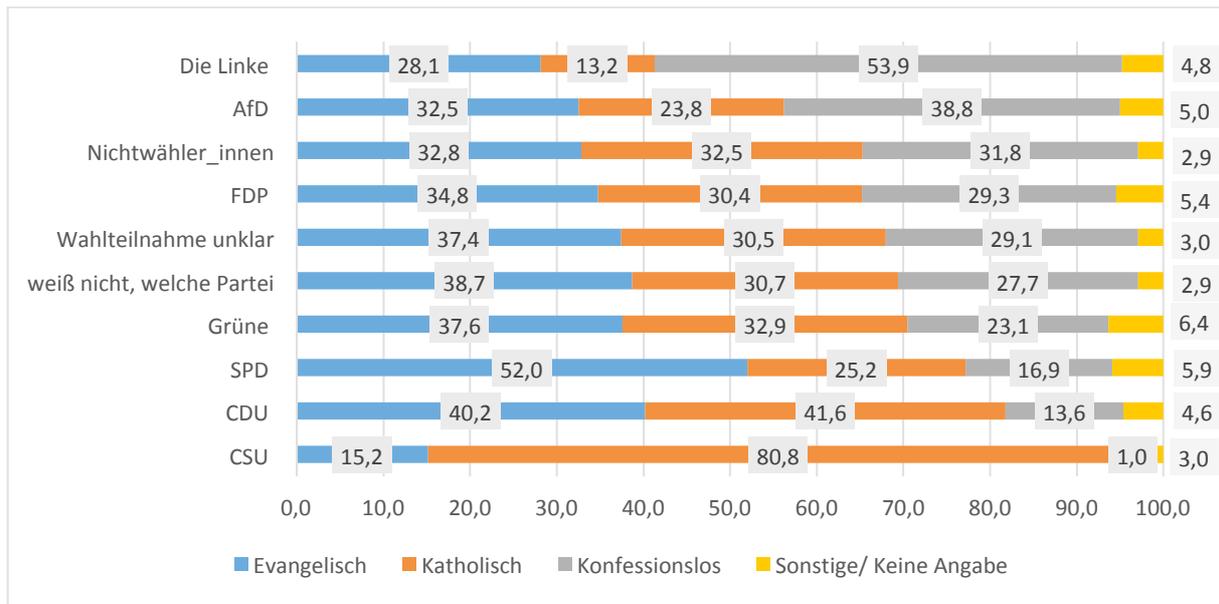


Abbildung 4: Wahlpräferenz und Konfession (in %)

3. Rechtsextreme Einstellung

Im Folgenden werden die Zustimmungswerte zu den sechs Dimensionen der rechtsextremen Einstellung vorgestellt. Für die vorliegende Darstellung werden die Mittelwerte je Dimension über alle drei Aussagen berichtet (Abbildungen 6 bis 11). Die Befragten konnten ihre Zustimmung zu den jeweiligen Aussagen auf einer 5-stufigen Skala angeben (1 = „lehne völlig ab“; 5 = „stimme voll und ganz zu“). Der Mittelwert über alle drei Aussagen einer Dimension bewegt sich folglich zwischen einem Minimalwert = 3 (vollständige Ablehnung aller Aussagen) und dem Maximalwert = 15 (völlige Zustimmung aller Aussagen). Die statistischen Unterschiede zwischen den Gruppen wurden mittels Varianzanalyse und anschließenden Post-Hoc-Tests (Scheffé-Test) geprüft.

Diese Vergleiche ergaben, dass AfD-Wähler_innen über alle Dimensionen hinweg signifikant höhere Zustimmungswerte in Bezug auf die Dimensionen des Rechtsextremismus zeigten, als die Wähler_innen der anderen Parteien, Nichtwähler_innen und Unentschlossene. Neben der sehr hohen Zustimmung zu Chauvinismus und Ausländerfeindlichkeit unter AfD-Wähler_innen zeigt sich auch eine im Schnitt deutlich erhöhte Ablehnung der Demokratie (Befürwortung einer Rechtsautoritären Diktatur) sowie hoher Antisemitismus, Sozialdarwinismus und ein ausgeprägter Hang zur Verharmlosung des Nationalsozialismus.

In der Dimension Antisemitismus können auch CSU-Wähler_innen stärker zustimmen, in der statistischen Überprüfung unterscheiden sie sich nicht von den Anhänger_innen der AfD, bei denen das antisemitischen Ressentiment am deutlichsten zu Tage tritt. Während Wähler_innen von SPD, CDU, CSU und FDP oft gleich hohe Zustimmungswerte aufweisen, erreichen Grüne- und Linke-Wähler_innen im Durchschnitt die niedrigsten Werte. Einzige Ausnahme ist der Antisemitismus, wo die Linke vor der FDP liegt. Allerdings ist dieser Unterschied nicht statistisch signifikant.

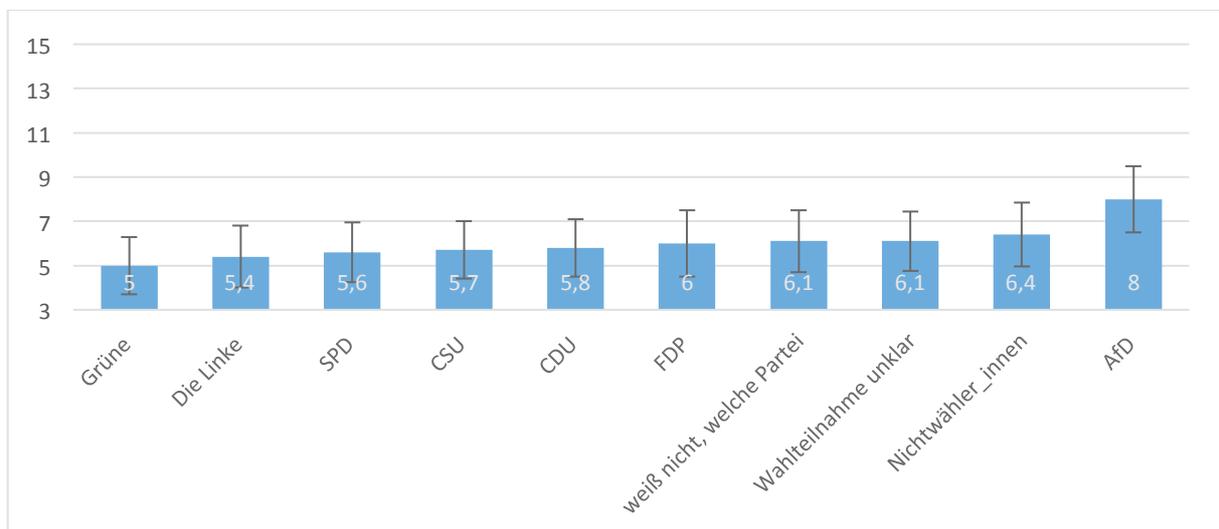


Abbildung 6: Wahlpräferenz und Befürwortung einer Rechtsautoritären Diktatur, Mittelwerte und Standardabweichungen; Aussagen: (1) „Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.“, (2) „Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert.“, (3) „Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert.“

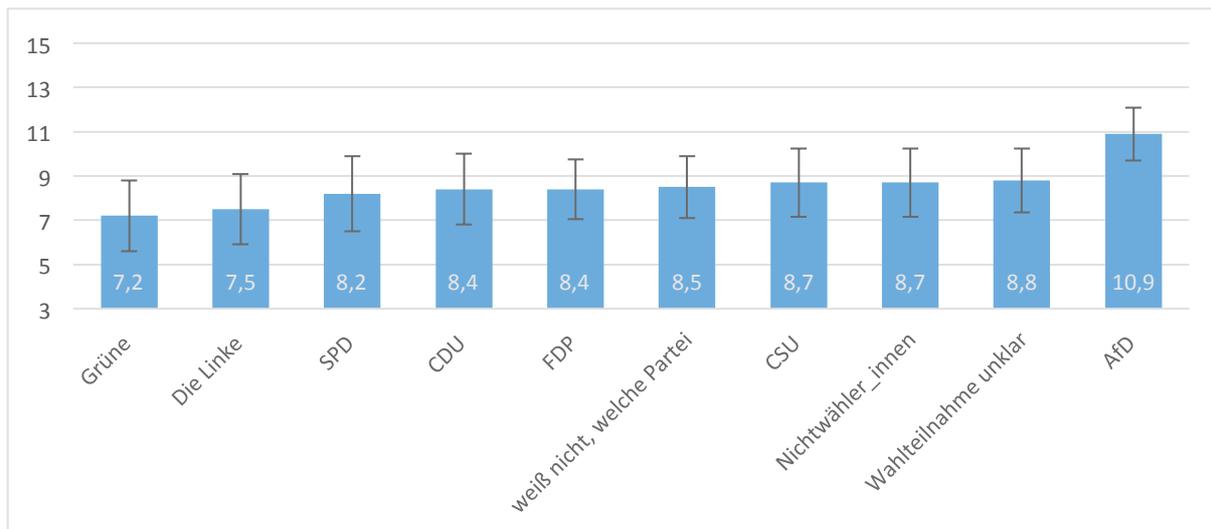


Abbildung 7: Wahlpräferenz und Chauvinismus, Mittelwerte und Standardabweichungen; Aussagen: (1) „Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben.“, (2) „Das oberste Ziel der deutschen Politik sollte es sein, Deutschland die Macht und Geltung zu verschaffen, die ihm zusteht.“, (3) „Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.“

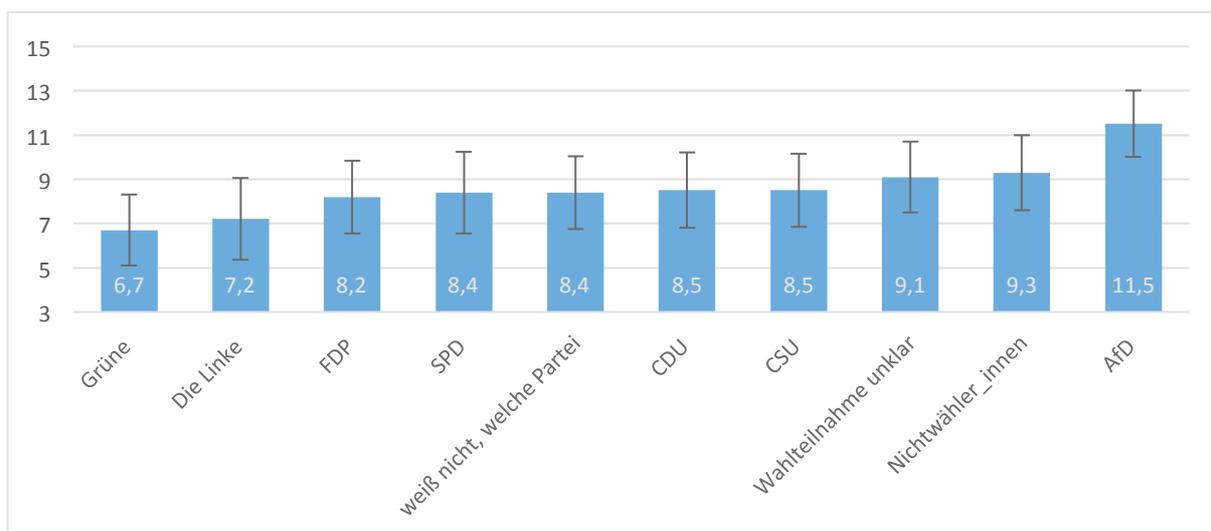


Abbildung 8: Wahlpräferenz und Ausländerfeindlichkeit, Mittelwerte und Standardabweichungen; Aussagen: (1) „Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.“, (2) „Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.“, (3) „Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.“

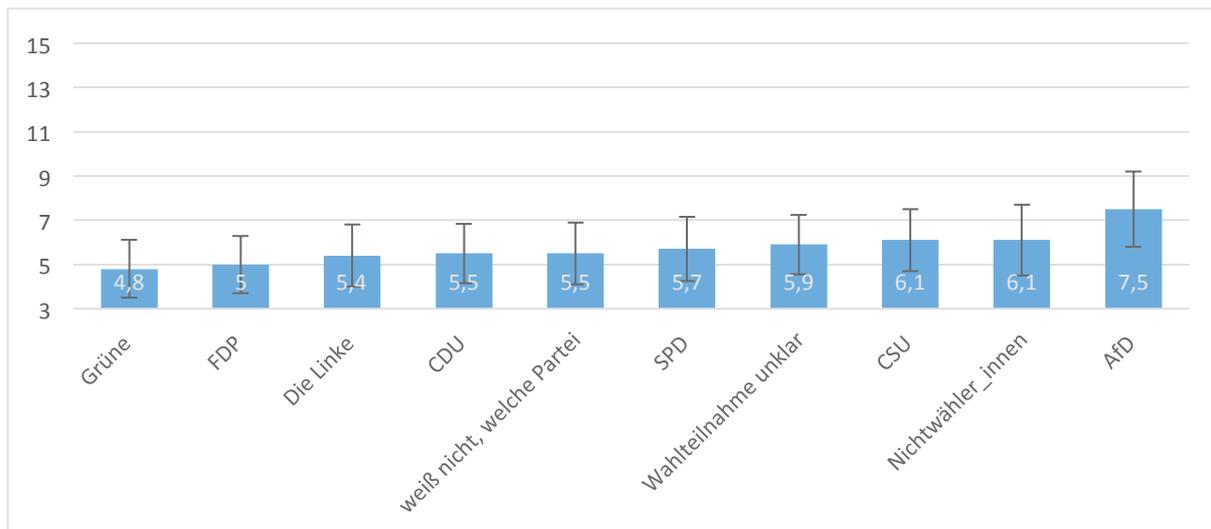


Abbildung 9: Wahlpräferenz und Antisemitismus, Mittelwerte und Standardabweichungen; Aussagen: (1) „Ohne Judenvernichtung würde man Hitler heute als großen Staatsmann ansehen.“, (2) „Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß.“, (3) „Die Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks, um das zu erreichen, was sie wollen.“

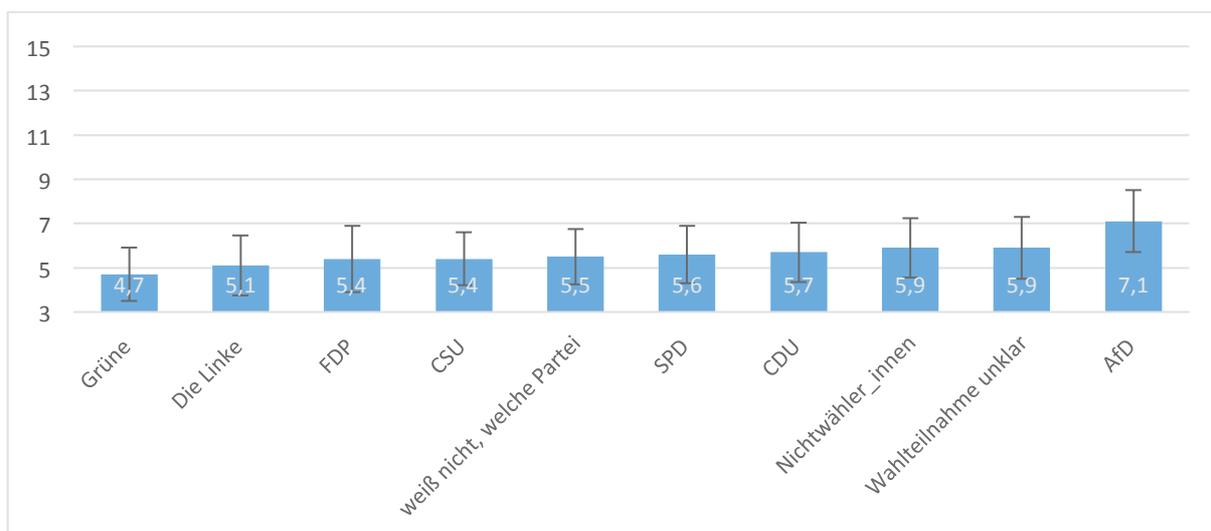


Abbildung 10: Wahlpräferenz und Sozialdarwinismus, Mittelwerte und Standardabweichungen; Aussagen: (1) „Wie in der Natur sollte sich in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.“, (2) „Es gibt wertvolles und unwertes Leben.“, (3) „Eigentlich sind die Deutschen anderen Völkern von Natur aus überlegen.“

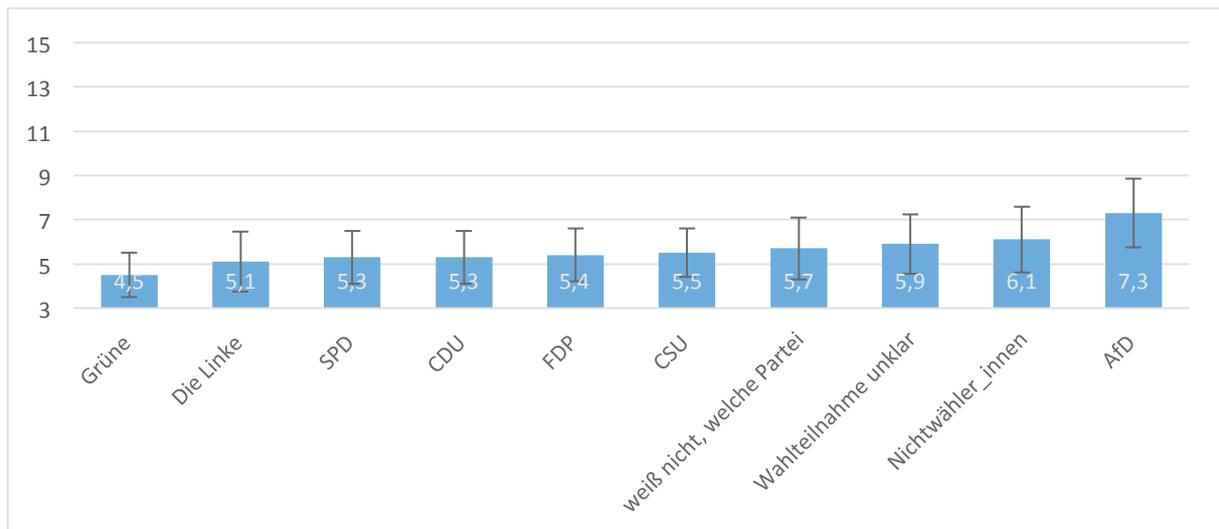


Abbildung 11: Wahlpräferenz und Verharmlosung des Nationalsozialismus, Mittelwerte und Standardabweichungen; Aussagen: (1) „Ohne Judenvernichtung würde man Hitler heute als großen Staatsmann ansehen.“, (2) „Die Verbrechen des Nationalsozialismus sind in der Geschichtsschreibung weit übertrieben worden.“, (3) „Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.“

4. Gewaltbereitschaft

Gewaltbereitschaft wurde in der vorliegenden Untersuchung mit zwei Aussagen erfasst. Die erste Aussage bildet die Bereitschaft ab, selbst Gewalt gegen andere anzuwenden, um eigene Interessen durchzusetzen. Die zweite Aussage erfasst die Akzeptanz der Gewalt durch andere.

Abbildung 12 zeigt, dass unter den Wähler_innen der AfD der Anteil der Personen, die bereit wären, selbst Gewalt anzuwenden mit 20 % deutlich höher ist, als unter den Anhänger_innen der anderen Parteien. Jede_r fünfte der AfD-Wähler_innen stimmt der Aussage zu, dass er oder sie bereit wäre, auch körperliche Gewalt anzuwenden, um eigene Interessen durchzusetzen. Mit 18,2 % finden wir unter den Nichtwähler_innen noch eine vergleichbar hohe Gewaltbereitschaft.

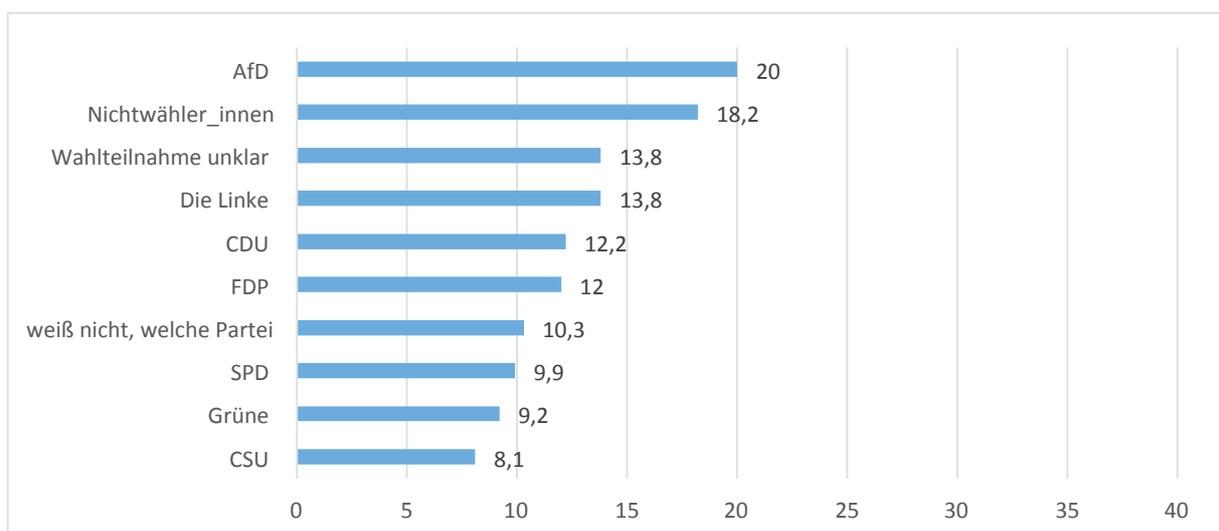


Abbildung 12: Wahlpräferenz und eigene Gewaltbereitschaft (in %); Zustimmung zu der Aussage „Ich bin in bestimmten Situationen durchaus bereit, auch körperliche Gewalt anzuwenden, um meine

Interessen durchzusetzen.“; 4-stufige Antwortskala von 1 = „stimmt überhaupt nicht“ bis 4 = „stimmt voll und ganz“; Antwortkategorien 3 und 4 wurden zusammengefasst zu „eigene Gewaltbereitschaft“

Aber auch die Akzeptanz gegenüber Gewalt durch Andere ist innerhalb der Wähler_innenschaft der AfD deutlich höher ausgeprägt als unter Wähler_innen der anderen Parteien. Über ein Drittel der AfD-Wähler_innen gibt an, zwar selbst keine Gewalt anwenden zu wollen, aber es zu befürworten, wenn andere „ihre Fäuste sprechen lassen“ (Abbildung 13). Die geringste Gewaltakzeptanz findet sich unter den Anhänger_innen der Grünen.

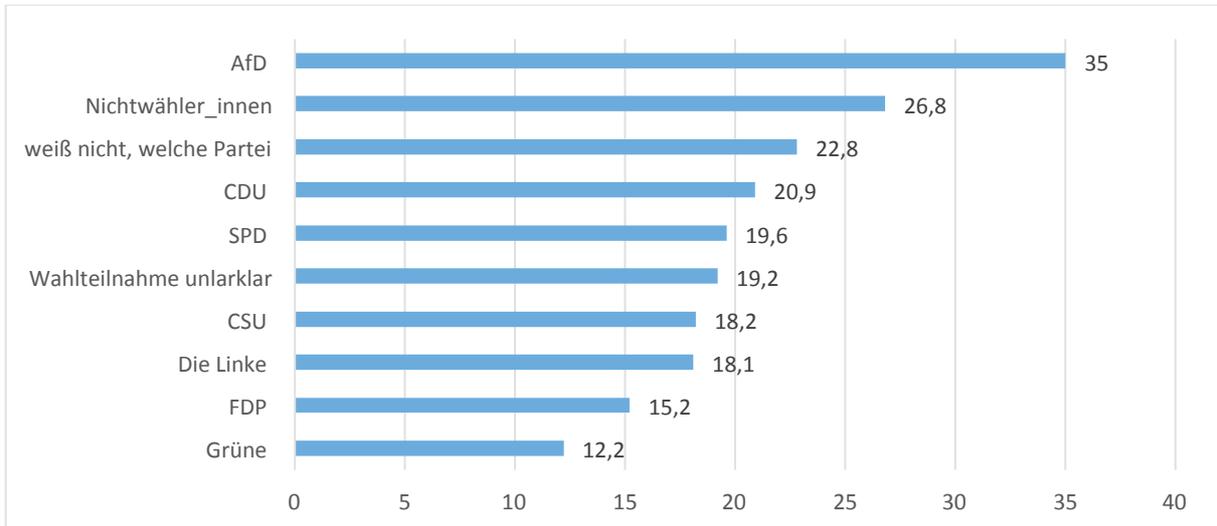


Abbildung 13: Wahlpräferenz und Akzeptanz der Gewalt durch Andere (in %); Zustimmung zu der Aussage „Selber würde ich nie Gewalt anwenden. Aber es ist schon gut, dass es Leute gibt, die mal ihre Fäuste sprechen lassen, wenn’s anders nicht mehr weitergeht.“, 4-stufige Antwortskala von 1 = „stimmt überhaupt nicht“ bis 4 = „stimmt voll und ganz“; Antwortkategorien 3 und 4 wurden zusammengefasst zu „Akzeptanz der Gewalt durch Andere“

5. Verschwörungsmentalität

Mit Verschwörungsmentalität wird das Bedürfnis von Personen bezeichnet, hinter politischen oder sozialen Ereignissen in der Welt rational kalkulierende Personen oder Gruppen auszumachen. Diese Verschwörungsmentalität wurde mit drei Aussagen erfasst.

Über alle drei Aussagen hinweg zeigt sich, dass die Wähler_innen der AfD deutlich häufiger das Bedürfnis haben, Verschwörungen anzunehmen, als die Wähler_innen der anderen Parteien. Über ein Drittel der AfD-Wählerinnen meint, dass die meisten Menschen nicht erkennen, in welchem Ausmaß unser Leben durch Verschwörungen bestimmt wird (Abbildung 14). 43,8 % der AfD-Wählerinnen stimmen zu, dass es geheime Organisationen mit großem Einfluss auf politische Entscheidungen gibt (Abbildung 15). Aber auch 37,7 % der Wähler_innen der Linken sind dieser Überzeugung.

Ein noch deutlicherer Unterschied zwischen AfD-Wähler_innen und den Anhänger_innen anderer Parteien zeigt sich in Hinblick darauf, ob Politiker als Marionetten von dahinterstehenden Mächten wahrgenommen werden: 60 % der AfD-Wähler_innen nehmen dies an (Abbildung 15), bei allen anderen Gruppen sind es deutlich weniger.

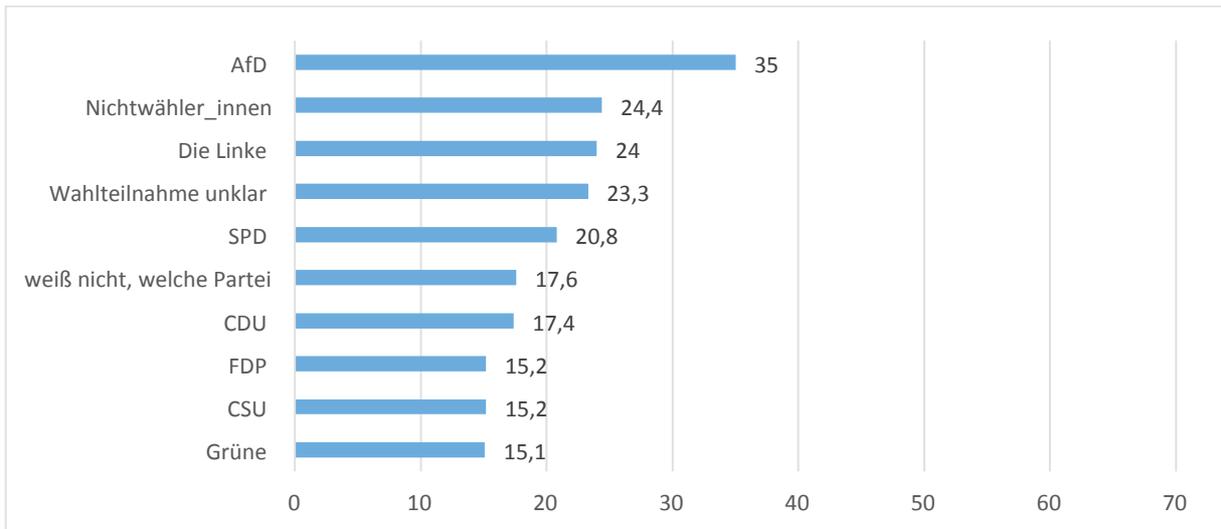


Abbildung 14: Wahlpräferenz und Zustimmung zur Aussage: „Die meisten Menschen erkennen nicht, in welchem Ausmaß unser Leben durch Verschwörungen bestimmt wird, die im Geheimen ausgeheckt werden.“ (in %); 7-stufige Antwortskala von 1 = „stimme überhaupt nicht zu“ bis 7 = „stimme voll und ganz zu“; Antwortkategorien 5 - 7 zusammengefasst zu „Zustimmung“

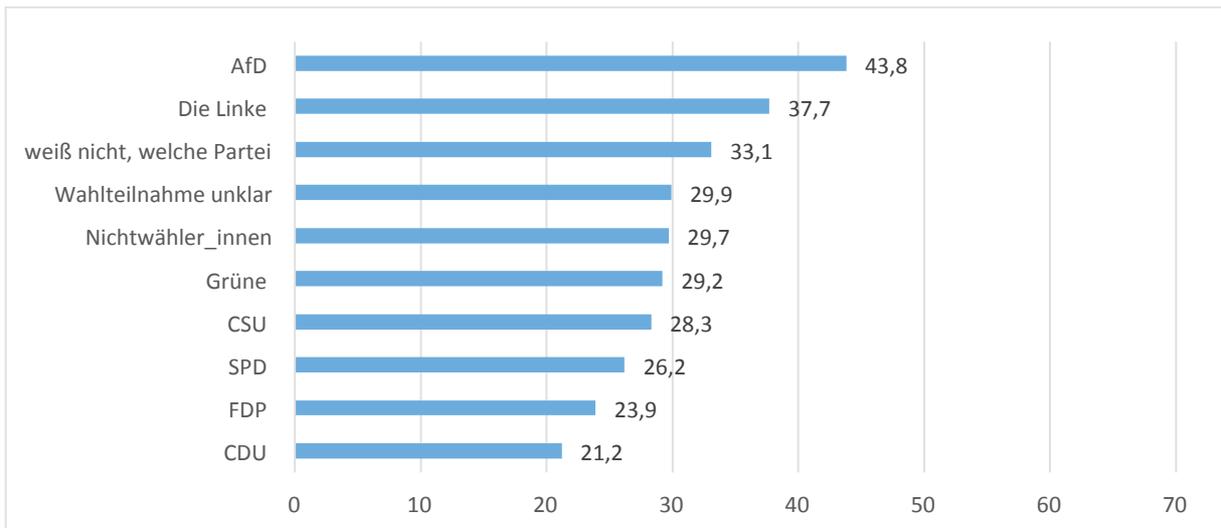


Abbildung 15: Wahlpräferenz und Zustimmung zur Aussage: „Es gibt geheime Organisationen, die großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben.“ (in %); 7-stufige Antwortskala von 1 = „stimme überhaupt nicht zu“ bis 7 = „stimme voll und ganz zu“; Antwortkategorien 5 - 7 zusammengefasst zu „Zustimmung“

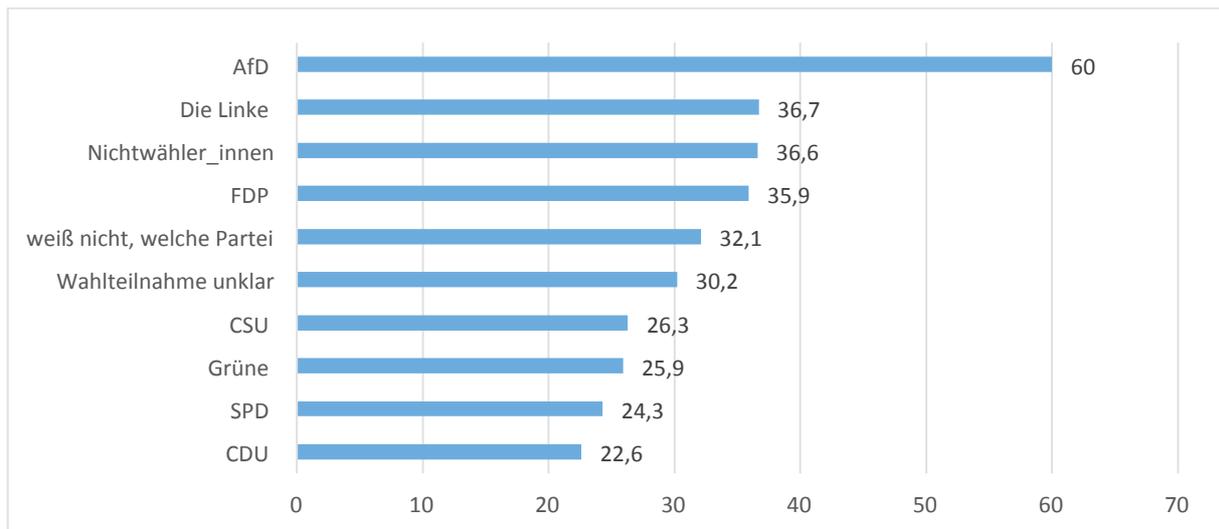


Abbildung 16: Wahlpräferenz und Zustimmung zur Aussage: „Politiker und andere Führungspersönlichkeiten sind nur Marionetten der dahinterstehenden Mächte.“ (in %); 7-stufige Antwortskala von 1 = „stimme überhaupt nicht zu“ bis 7 = „stimme voll und ganz zu“; Antwortkategorien 5 - 7 zusammengefasst zu „Zustimmung“

6. Antisemitismus (Umwegkommunikation)

Da tradierter Antisemitismus, wie wir ihn mit unserem Fragebogen zur rechtsextremen Einstellung erheben, in der Bundesrepublik einer starken sozialen Sanktion unterliegt, wird er von vielen Menschen nicht offen geäußert. Deshalb wurde auch die Zustimmung zu Aussagen erfasst, welche Antisemitismus in der sogenannten Umwegkommunikation erhoben.³ Kennzeichnend für Antisemitismus in der Umwegkommunikation ist a) die indirekte Äußerung des Ressentiments durch Verständnis für diejenigen, die es äußern, b) der Schuldabwehrantisemitismus, weil durch Jüd_innen die Erinnerung an den Angriffs- und Vernichtungskrieg Nazi-Deutschlands wachgehalten wird und c) der Israelbezogene Antisemitismus. Beispielhaft sind im Folgenden die Zustimmungswerte zu drei entsprechenden Aussagen dargestellt.

Über alle drei Aussagen hinweg zeigt sich, dass die Zustimmungswerte bei Wähler_innen der AfD am höchsten ausfallen. Mehr als die Hälfte der AfD-Wähler_innen findet Ressentiments gegen Jüd_innen verständlich (Abbildung 17). Bei keiner anderen Partei nutzen die Anhänger_innen so offen die Möglichkeit, ihren Antisemitismus zu äußern. Entsprechendes gilt auch für die Bereitschaft, die Politik der Regierung in Israel als Rationalisierung für die Ablehnung von Jüd_innen zu nutzen: Wieder mehr als die Hälfte der AfD-Wähler_innen nutzt diesen Bezug auf Israel um ihr Ressentiment gegen Jüd_innen zu begründen (Abbildung 18).

Am auffälligsten zeigt sich der Antisemitismus in der Aussage zur Relativierung der Shoa: Jede_r zweite Anhänger_in der AfD gibt an, dass er_sie wütend darüber sei, dass die Bombardierung deutscher Städte und Vertreibung Deutscher als kleinere Verbrechen angesehen werden (Abbildung 19). Weitere 24,4 % stimmen der Aussage noch teilweise zu. Aber auch bei den Anhänger_innen der anderen Parteien fällt auf, dass es einen erheblichen Anteil gibt, welche die Aussagen nicht eindeutig ablehnt, sondern die Möglichkeit der „teils/teils“-Antwortkategorie nutzt.

³ Für eine Darstellung der unterschiedlichen Erscheinungsformen von Antisemitismus siehe Decker et al. 2018b.

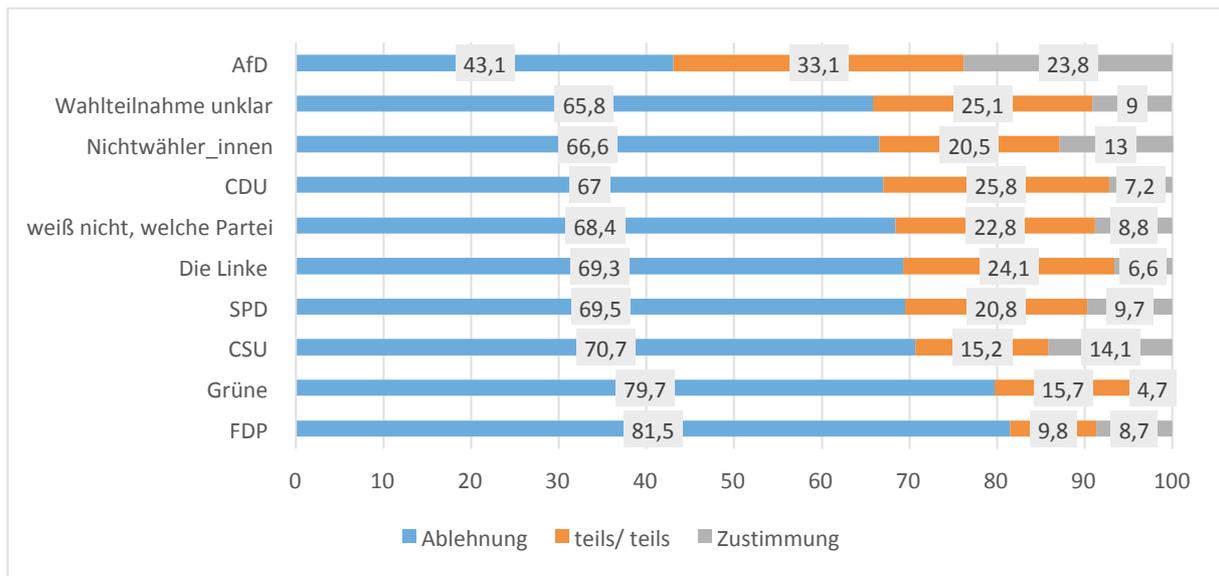


Abbildung 17: Wahlpräferenz und Zustimmung zur Aussage: „Ich kann es gut verstehen, dass manchen Leuten Juden unangenehm sind.“ (in %); 5-stufige Antwortskala von 1 = „stimme überhaupt nicht zu“ bis 5 = „stimme voll und ganz zu“; Antwortkategorien 4 und 5 zusammengefasst zu „Zustimmung“, 3 = „teils/teils“, 1 und 2 zusammengefasst zu „Ablehnung“

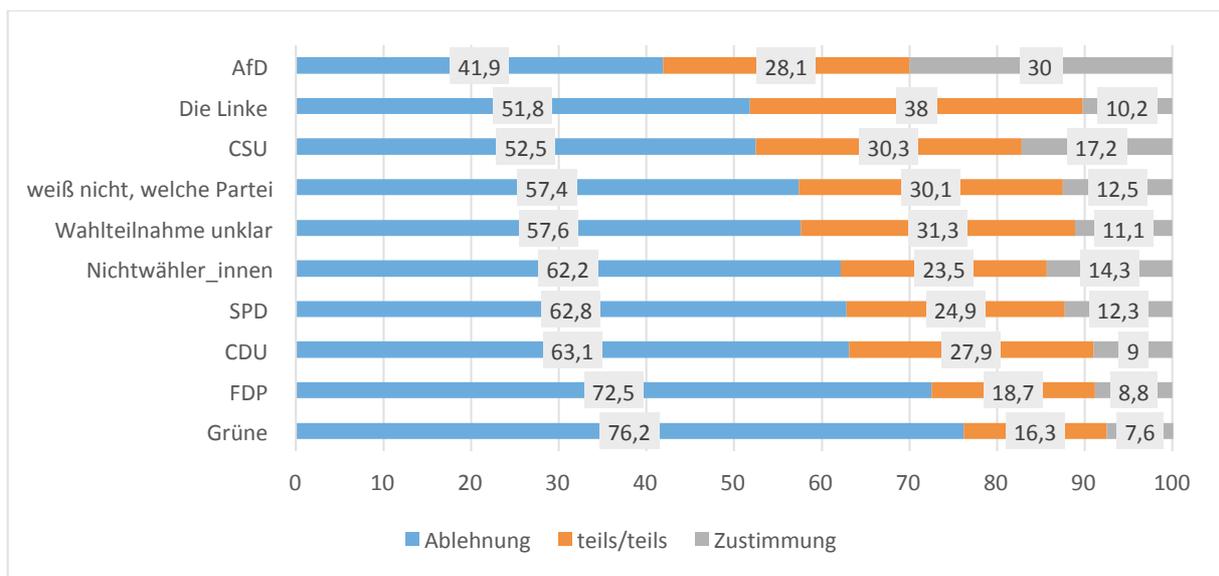


Abbildung 18: Wahlpräferenz und Zustimmung zur Aussage: „Durch die israelische Politik werden mir die Juden immer unsympathischer.“ (in %); 5-stufige Antwortskala von 1 = „stimme überhaupt nicht zu“ bis 5 = „stimme voll und ganz zu“; Antwortkategorien 4 und 5 zusammengefasst zu „Zustimmung“, 3 = „teils/teils“, 1 und 2 zusammengefasst zu „Ablehnung“

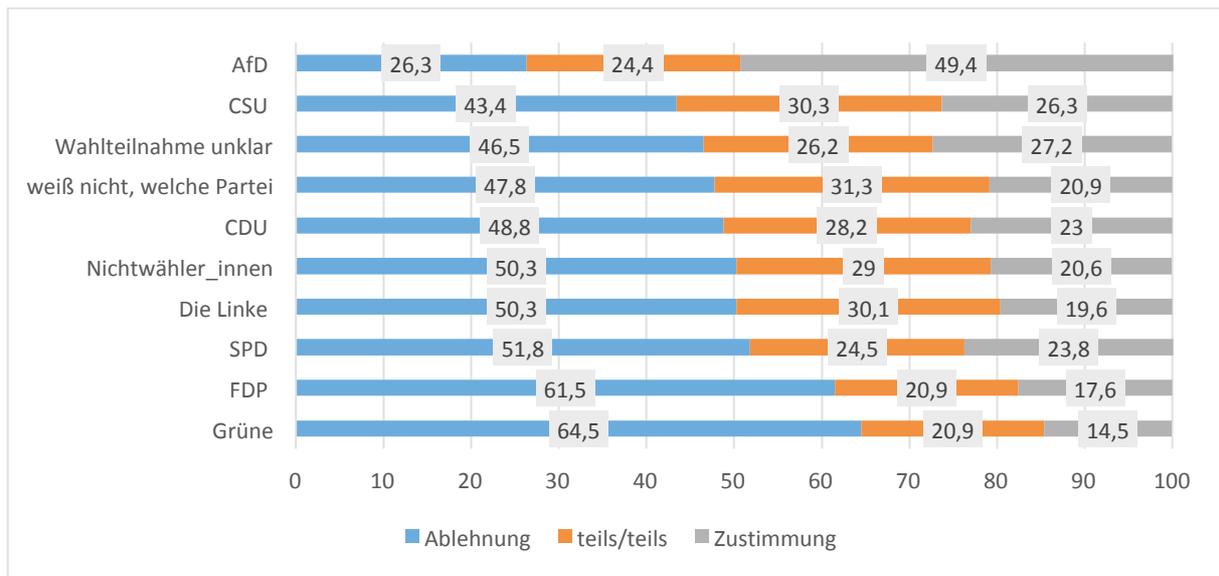


Abbildung 19: Wahlpräferenz und Zustimmung zur Aussage: „Es macht mich wütend, dass die Vertreibung der Deutschen und die Bombardierung deutscher Städte immer als kleinere Verbrechen angesehen werden.“ (in %); 5-stufige Antwortskala von 1 = „stimme überhaupt nicht zu“ bis 5 = „stimme voll und ganz zu“; Antwortkategorien 4 und 5 zusammengefasst zu „Zustimmung“, 3 = „teils/teils“, 1 und 2 zusammengefasst zu „Ablehnung“

7. Muslimfeindschaft und Abwertung von Asylsuchenden

Die Debatte um Zuwanderung insbesondere muslimischer Personen hat sich als das Kernthema des politischen Programms der AfD etabliert. So zeigt sich auch, dass insbesondere die Anhänger_innen der AfD anti-muslimischen Aussagen deutlich stärker zustimmen als die Anhänger_innen der anderen Parteien. 80,6 % der Wähler_innen der AfD geben an, sich durch „die vielen Muslime“ fremd im eigenen Land zu fühlen (Abbildung 20). Über 70 % finden, Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden (Abbildung 21).

Die Ablehnung von Muslima und Muslimen geht einher mit der Ablehnung des Menschenrechts auf Asyl. Erfasst wurde diese Ablehnung mit der Infragestellung triftiger Asylgründe. Über 80 % der AfD-Wähler_innen sind der Überzeugung, die meisten Asylsuchenden befürchten nicht wirklich in ihrem Heimatland verfolgt zu werden (Abbildung 22). Bei allen anderen Gruppen sind es deutlich weniger.

Auf die stärkste Ablehnung stoßen diese muslimfeindlichen und asylfeindlichen Aussagen unter den Wähler_innen der Grünen und der Linken.

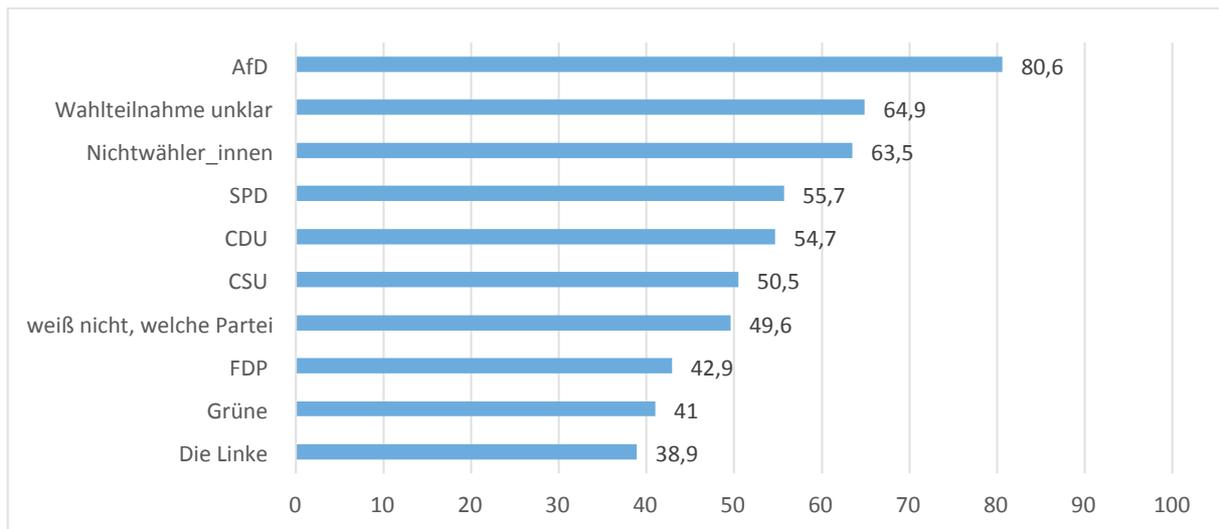


Abbildung 20: Wahlpräferenz und Zustimmung zur Aussage: „Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land.“ (in %); 4-stufige Antwortskala von 1 = „stimme voll und ganz zu“ bis 4 = „stimme überhaupt nicht zu“; Antwortkategorien 1 und 2 zusammengefasst zu „Zustimmung“

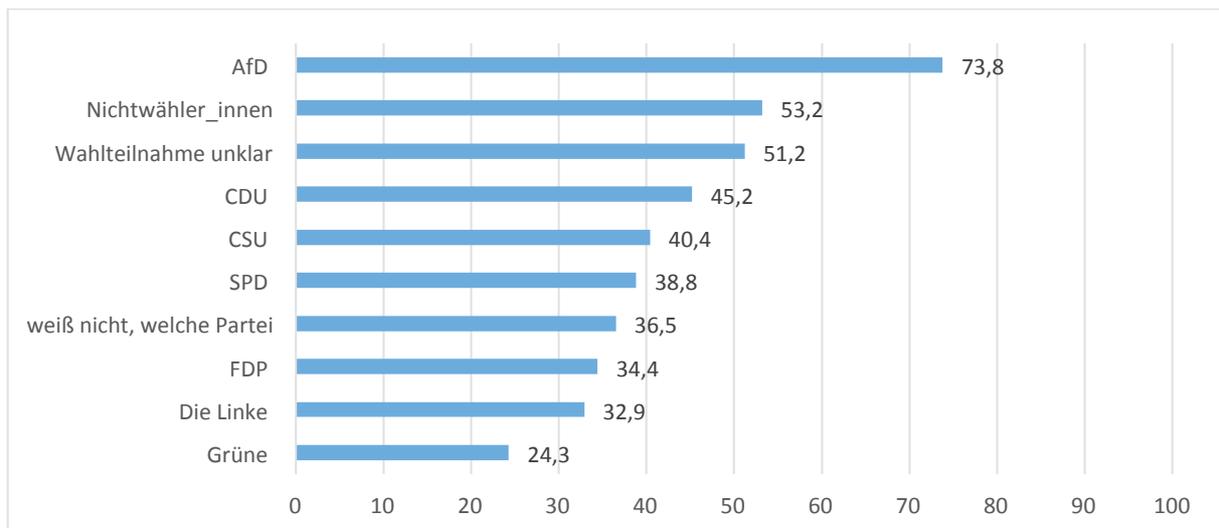


Abbildung 21: Wahlpräferenz und Zustimmung zu der Aussage: „Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden.“ (in %); 4-stufige Antwortskala von 1 = „stimme voll und ganz zu“ bis 4 = „stimme überhaupt nicht zu“; Antwortkategorien 1 und 2 zusammengefasst zu „Zustimmung“

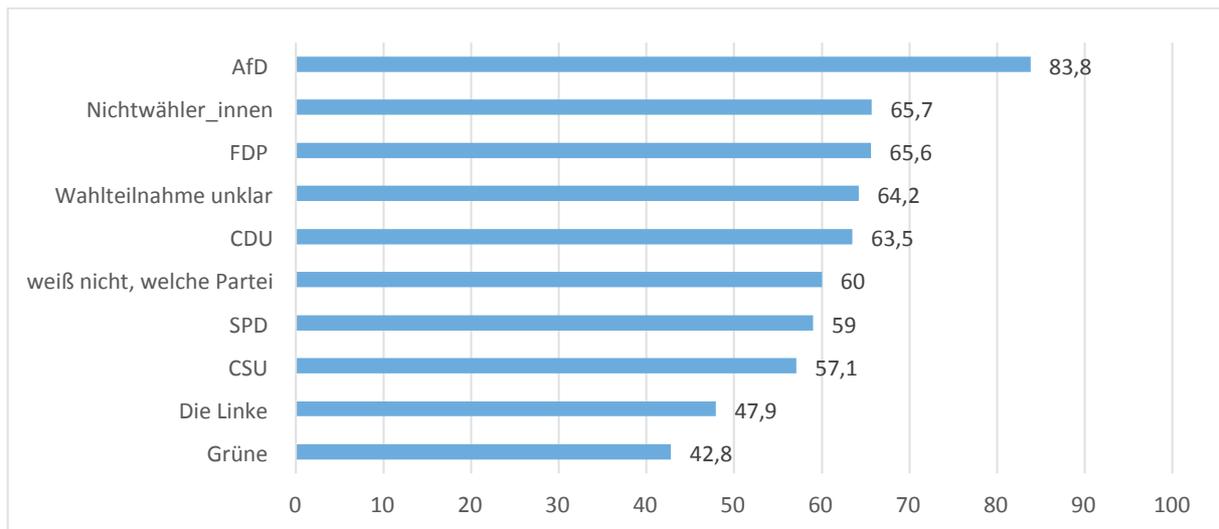


Abbildung 22: Wahlpräferenz und Zustimmung zu der Aussage: „Die meisten Asylbewerber befürchten nicht wirklich, in ihrem Heimatland verfolgt zu werden.“ (in %); 4-stufige Antwortskala von 1 = „stimme voll und ganz zu“ bis 4 = „stimme überhaupt nicht zu“; Antwortkategorien 1 und 2 zusammengefasst zu „Zustimmung“

8. Zusammenfassung und Diskussion

- AfD-Wähler_innen zeigen auf allen Dimensionen der rechtsextremen Einstellung deutlich höhere Werte als die Wähler_innen der anderen Parteien.
- Es finden sich bei AfD-Wähler_innen nicht nur ein höherer tradierter Antisemitismus, sie nutzen auch deutlich häufiger die Möglichkeit, ihr antisemitisches Ressentiment über die Umwegkommunikation zu äußern, als die Wähler_innen der anderen Parteien.
- Die Verschwörungsmentalität ist unter AfD-Wähler_innen sehr weit verbreitet.
- Es gibt keine andere Wähler_innengruppe, unter denen sich Muslimfeindschaft häufiger findet, als bei AfD-Wähler_innen.
- Insgesamt sind antidemokratische Einstellungen unter AfD-Wähler_innen mit deutlichem Abstand zu allen anderen Partei-Anhänger_innen am weitesten verbreitet.

Die AfD hat in ihrer bisher kurzen Geschichte mehrere Wandlungen durchlaufen: als national-liberale Partei geründet, konnte sie einen Platz am rechten Rand des Parteienspektrums etablieren. Fast im Zeitraffer durchlief die AfD dann eine inhaltliche Neuorientierung, von einer national-liberalen Anti-Euro-Partei ging es über die konservativ-nationalistische AfD hin zur Dominanz durch die nationalistisch-völkische Fraktion. Die politischen Äußerungen von Repräsentant_innen der AfD sind vermehrt von Motiven der Muslimfeindschaft, einer völkisch-homogenen Volksgemeinschaft und des Schuldabwehrantisemitismus durchzogen. Hinzu tritt eine aggressive Rhetorik des Kampfes, welche eine Umsturzsituation suggeriert.

Diese inhaltliche Programmatik findet ihr Echo unter den AfD-Wähler_innen. Ein großer Teil der Anhänger_innen wählt die AfD nicht trotz, sondern wegen dieser anti-demokratischen Positionen. Jene Bundesdeutschen, die zwar schon lange extrem-rechte Einstellungen teilten, sei es Chauvinismus, Befürwortung einer Diktatur, Antisemitismus oder Ausländerfeindlichkeit, aber bis

2014 SPD oder CDU wählten, wählen jetzt eine Partei, die eine Programmatik entsprechend ihrer Einstellung umsetzt. Diese Mitbürger_innen haben in der AfD eine politische Heimat gefunden.

Vor dem Hintergrund der Ereignisse der letzten Monate ist diese klare Positionierung gegen den demokratischen Zusammenhalt mit Sorge zu betrachten. Die Ermordung des hessischen Politikers Walter Lübcke, das Attentat auf die Synagoge in Halle und die anschließende Morde, wie auch der jüngste rassistische Terroranschlag in Hanau mit 10 Ermordeten waren von derselben rechtsextremen Ideologie der Ungleichwertigkeit motiviert, einer Mischung aus Antisemitismus, Verschwörungsmentalität, Antifeminismus und anti-muslimischen Rassismus. Dass diese Motive in relevanten Teilen der Bevölkerung geteilt werden, diese eine parlamentarische Repräsentanz haben und damit auch als legitim erfahren werden, macht das Risiko weiterer rassistischer Terroranschläge groß. Wir sehen die Vertreter_innen der AfD in der Verantwortung, sich sowohl inhaltlich als auch in der Rhetorik für den demokratischen Zusammenhalt in einer pluralen und liberalen Demokratie einzusetzen.

9. Literatur

Decker, O. & Brähler, E. (Hrsg.) (2018a), *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft*. Gießen: Psychosozial-Verlag.

Decker, O., Kiess, J., Brähler, E. (2018b). Antisemitische Ressentiments in Deutschland: Verbreitung und Ursachen. In: O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft*. (S. 179-216), Gießen: Psychosozial-Verlag.

Decker, O., Hinz, A., Geißler, N. & Brähler, E. (2013). Fragebogen zur rechtsextremen Einstellung – Leipziger Form (FR-LF). In: O. Decker, J. Kiess & E. Brähler (Hrsg.), *Rechtsextremismus der Mitte. Eine sozialpsychologische Gegenwartsdiagnose* (S. 197-212). Gießen: Psychosozial.

Decker, O., Kiess, J. & Brähler, E. (2013). *Rechtsextremismus der Mitte. Eine sozialpsychologische Gegenwartsdiagnose*. Gießen: Psychosozial.

Heitmeyer, W. (Hrsg.) (2012). *Deutsche Zustände – Folge 10*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Imhoff, R. & Decker, O. (2013). Verschwörungsmentalität als Weltbild. In O. Decker, J. Kiess & E. Brähler (Hrsg.), *Rechtsextremismus der Mitte. Eine sozialpsychologische Gegenwartsdiagnose* (S. 146-162). Gießen: Psychosozial.

Ulbrich-Herrmann, M. (1995). Zur Verbreitung von gewaltbefürwortenden Einstellungen und Gewaltverhalten. In W. Heitmeyer (Hrsg.), *Gewalt. Schattenseiten der Individualisierung bei Jugendlichen aus unterschiedlichen Milieus* (S.127-141). Weinheim: Juventa.